

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 24.04.2007**

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

3. Vorlagen
- 3.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der ARGE SGB II Halle GmbH  
Vorlage: IV/2007/06380
- 3.2. Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der ARGE SGB II Halle GmbH  
Vorlage: IV/2007/06381
- 3.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2005  
GB V - Soziales, Jugend und Gesundheit  
Vorlage: IV/2007/06261

4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. Anfragen von Stadträten
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

### **zu 3 Vorlagen**

---

#### **zu 3.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der ARGE SGB II Halle GmbH Vorlage: IV/2007/06380**

---

Das Mitwirkungsverbot von Frau Haupt, Herrn Godenrath und Herrn Krause wurde beachtet. Sie beteiligten sich nicht an der Diskussion und der Beschlussfassung.

Auf die Frage von Herrn Misch bezüglich der verspäteten Vorlage des Beschlusses führten Frau Szabados und Frau Tempel aus, dass bei der Gründung davon ausgegangen wurde, dass der Jahresabschluss nicht extra beschlossen werden müsse, da die ARGE über keinen eigenen Haushalt verfügt. Diese Auffassung wurde in Absprache mit der BMA und dem Finanzamt geändert, so dass die Jahresabschlüsse für die Jahre 2004 und 2005 nachgereicht werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH vom 21.09.2006:

1. Der von der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 21.09.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

|                              |              |
|------------------------------|--------------|
| Der Jahresüberschuss beträgt | 0,00 €.      |
| Die Bilanzsumme beträgt      | 27.750,00 €. |

2. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.

**zu 3.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der ARGE SGB II Halle GmbH**  
**Vorlage: IV/2007/06381**

---

Das Mitwirkungsverbot von Frau Haupt, Herrn Godenrath und Herrn Krause wurde beachtet. Sie beteiligten sich nicht an der Diskussion und der Beschlussfassung.

**Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH vom 21.09.2006:

1. Der von der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2005 wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 21.09.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

|                              |              |
|------------------------------|--------------|
| Der Jahresüberschuss beträgt | 0,00 €.      |
| Die Bilanzsumme beträgt      | 30.250,00 €. |

2. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.

**zu 3.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie participationsbericht über das Jahr 2005**  
**GB V - Soziales, Jugend und Gesundheit**  
**Vorlage: IV/2007/06261**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Krause, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Frau Ewert, Herr Misch, Herr Godenrath, Frau Wolff, Herr Schramm,

**Geschäftsbereich V**

Die Ansätze der o. g. Unterabschnitte wurden einschließlich der Veränderungsliste zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung beantwortete die gestellten Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Verwaltung wurde gebeten, folgende schriftliche Zuarbeiten nachzureichen, bzw. Änderungen im Haushaltsplan vorzunehmen - Termin: 15.05.2007

- Im UA 4640 Kindertageseinrichtungen wurden vom Land Mindereinnahmen in Höhe von 780 T€ avisiert. Dies bedeutet, dass vor der Änderung pro Kind 103,58 € erstattet wurden und im Jahr 2007 nur noch 100,77 €. Es handele sich eindeutig um eine Pflichtaufgabe der Kommune. Eine Deckung konnte noch nicht nachgewiesen werden. Die Mindereinnahme werde eingestellt und über eine mögliche Deckung in der Abschlussberatung informiert.
- Die Verwaltung wurde gebeten, eine schriftliche Begründung für die Notwendigkeit der Einstellung von 65.000 € in der Haushaltsposition Sachverständigenkosten des UA 4050 – Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu geben und im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zu beraten.
- Anpassung aller von der neuen Friedhofsgebührensatzung betroffener Unterabschnitte.

Folgende Festlegungen wurden getroffen:

- Die Finanzplanung wird in der Abschlussberatung zusammengefasst beraten.
- In der Abschlussberatung werden die Hinweise der Bürger beraten.

Folgende Hinweise wurden gegeben:

- Herr Krause führte aus, dass eine jährliche Steigerung der Kosten für Haushaltspositionen, die durch den EB ZGM bewirtschaftet werden, in allen Unterabschnitten zu verzeichnen sei. Dies sei für ihn nicht nachvollziehbar.
- Die Verwaltung wurde gebeten, zukünftig im Haushaltsplan in den entsprechenden UA detailliertere Erläuterungen zu geben. Damit sei der Haushaltsplan informativer und es könnten Zusatzfragen vermieden werden.

Die Maßnahmeblätter der Haushaltskonsolidierung wurden beraten. Die Vertreter der Verwaltung informierten über den Stand der Umsetzung.

- Die Verwaltung sagte zu, im Maßnahmeblatt V/2 Fortschreibung Fachkonzept Fachbereich Soziales die Personalanzahl gemäß der Zielstruktur zu ergänzen.
- Zum Maßnahmeblatt V/12 Fachkonzept FB Kinder, Jugend und Familie wurde bezüglich des letzten Satzes: „Dieses Fachkonzept ist zukünftig im Zusammenhang mit dem Konzept zur Flexibilisierung HzE zu betrachten.“ erläutert, dass die Prävention in diesem Bereich zwar eine freiwillige Leistung sei, wenn diese jedoch reduziert werde, würden die notwendigen Pflichtaufgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung deutlich ansteigen.
- Entsprechend der Festlegung in der Sitzung des Ausschusses am 19.04.2007 wurden die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen des GB I beraten.
- Die Verwaltung sagte zu, das Maßnahmeblatt I/13 Änderung der Hundesteuersatzung gemäß dem Beschluss des Stadtrates anzupassen.

Übergebenes Material:

- Ergänzungsblatt bezüglich der Veränderungen der Ansätze des GB V – UA 4050 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich.
- vom GB V wurde eine Überarbeitung der Veränderungen zum Plan 2007 übergeben
- Als Anlage 2 wird der Niederschrift eine Übersicht über die Festlegungen zur Angemessenheit der Kosten für Unterkunft und Heizung beigefügt.
- Als Anlage 3 wird der Niederschrift eine Darstellung zu den Auswirkungen von Hartz IV beigefügt.

#### **zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

#### **zu 5 Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anträge und Anfragen lagen nicht vor und mündliche Anträge und Anfragen wurden nicht gestellt.

#### **zu 6 Beantwortung von Anfragen**

---

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Zuarbeiten übergeben:

- Darstellung der freiwilligen Aufgaben der Stadt Halle (Saale), orientiert am kameralen Haushaltsplanentwurf 2007
- Beantwortung der mündlichen Anfrage in der Sitzung am 19.04.2007 zur Anzahl der regulierten Haftpflichtschadenfälle bis zu einer Höhe von 5000 € in den Jahren 2004, 2005 und 2006
- für die Haushaltsplanberatung am 03.05.2007 das überarbeitete Maßnahmeblatt Haushaltskonsolidierung IV/14 – Umstrukturierung im Musikbereich

#### **zu 7 Anregungen**

---

#### **zu 8 Mitteilungen**

---

Zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wurde aufgrund der fehlenden Notwendigkeit nicht behandelt.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender  
des Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Zentraler Service

Martina Beßler  
Referentin GB I  
Protokollantin